

Alternative Produktion in der Luftfahrtindustrie – ein gewerkschaftliches und gesellschaftspolitisches Konzept

Einleitung

Die starke Rüstungsabhängigkeit, die besonderen Strukturen und technologischen Möglichkeiten sowie die akuten und sich verschärfenden Arbeitsplatzgefährdungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie¹ haben in mehreren Betrieben des dominierenden Konzerns MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm), insbesondere in Bremen, zur Bildung gewerkschaftlicher Arbeitskreise für eine alternative Produktion geführt.² Eine wichtige Aktivität der Bremer Initiative war die Durchführung einer Befragung der Belegschaft über ihre Einschätzung, Forderungen und Ideen.³ Die spürbaren Grenzen betrieblicher Aktivitäten und die vorhandenen Durchsetzungsprobleme einer alternativen Produktion stellen die Frage nach grundlegenden industrie-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungen neu.⁴ Ein durchgreifender Wandel der Bundespolitik setzt eine Intensivierung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten sowie die Nutzung der regionalpolitischen Möglichkeiten zur Gegenmachtbildung voraus bzw. erfordert die Realisierung praktischer Alternativen⁵ z. B. zur Konkretisierung von Beschäftigungsprogrammen; ein richtungsweisendes Beispiel für eine solche mobilisierende dezentrale Strukturpolitik wird z. Zt. in London in Angriff genommen.⁶ Es wird darauf ankommen, eine Verbindung zwischen Konzepten einer alternativen Produktion und nationalen sowie dezentralen alternativen gesellschaftlichen Positionen zu entwickeln und umzusetzen: Es geht um ein neues gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept einer alternativen Gestaltung der Produktion.⁷

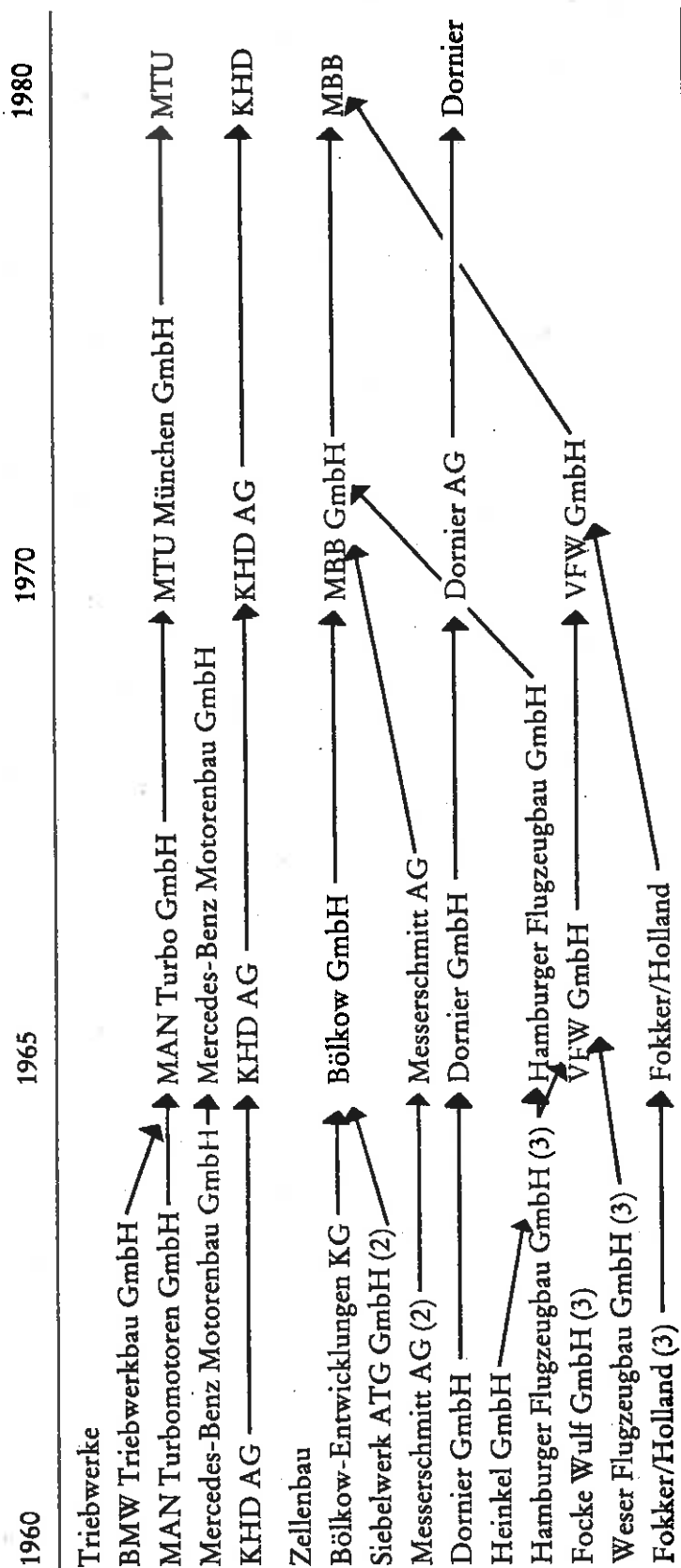
1. Probleme in der Luft- und Raumfahrtindustrie als Teil gesellschaftlicher Krisentendenzen

Die Luft- und Raumfahrtindustrie umfaßt die Systemindustrie (Beschäftigungsanteil 1981: 64%), die Triebwerksindustrie (12%), die Ausrüstungsindustrie (20%) und die Werkstoffindustrie (4%). Die Branche erlebte in den 70er Jahren einen Boom: 1972 waren fast 57.000 und 1983 71.500 Arbeitnehmer beschäftigt; der Höchststand lag 1981 bei ca. 75.000 Beschäftigten. Die zentrale Grundlage dieser Entwicklung waren politische Entscheidungen, die der Luftfahrtindustrie zu Milliardenbeträgen an öffentlichen Mitteln verholfen haben. Das Zivilflugzeug Airbus wird zwar erheblich subventioniert, der Hauptanteil der Steuergelder fließt jedoch in immer teurere Rüstungsprogramme. So soll auf den superteuren MRCA-Tornado (Preis um 100 Mio. DM) der sogenannte Jäger 90 folgen. Die Kosten des Tornado wurden Anfang der 70er Jahre auf 10–15 Mio. DM veranschlagt. Für den Jäger 90 werden heute Entwicklungskosten von 10 Mrd. DM und ein Systempreis von 60–80 Mio. DM genannt. Unterstellt man ähnliche Preissteigerungen wie beim Tornado, dann wird der Systempreis für ein Flugzeug zu heutigen Preisen bei ca. 400 Mio. DM liegen (zuzüglich der Entwicklungskosten). Die Bundeswehr meldete bereits einen Bedarf von 250 Stück an; insgesamt sollen ab 1993 ca. 800 Flugzeuge gebaut werden. Für den Rüstungsetat wären das Ausgaben in Höhe von 100 Mrd. DM. Wie der Airbus und der Tornado soll der Jäger 90 ebenfalls ein internationales Projekt mit einer Produktion in fünf Ländern sein. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Luft- und Raumfahrtindustrie ohne staatliche Subventionen nicht lebensfähig ist, ein extrem hoher und teurer Technologieaufwand getrieben wird und der Staatshaushalt nicht nur durch die Rüstungstechnik extrem belastet ist. MBB als der größte Konzern zahlte 1981 74 Mio. DM an Steuern (Einkommens-, Ertrags- und Vermögenssteuern), erhielt aber allein aus dem Etat des Ministeriums für Forschung und Technologie ca. 650 Mio. DM zugewiesen.

Im Zeitraum von 1960–1980 fand in der Luft- und Raumfahrtindustrie ein starker Konzentrationsprozeß statt.

Bei den Flugzeugfirmen kristallisierte sich MBB 1981 nach der Fusion

Der Konzentrationsprozeß der Luftfahrtindustrie



1) Dabei wurde nicht berücksichtigt, inwieweit einzelne Unternehmen nach Übernahme des Stammkapitals als rechtlich selbständige Gesellschaft weiter bestehen blieben.

2) Kooperation in der Arge F-104 Süd zum Lizenzbau der F-104 G.

3) Kooperation in der Arge F-104 Nord zum Lizenzbau der F-104 G.

Quelle: Modifiziertes Schaubild nach: Schlöter, P.

Rüstungspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1975, S. 97

mit den »Vereinigten Flugtechnischen Werken« (VFW) als Großunternehmen mit 39.000 Beschäftigten heraus (1973 beschäftigten beide Firmen zusammen nur 29.500 Arbeitnehmer). Seit 1981 erfolgt allerdings ein rapider und planmäßiger Personalabbau: Waren 1983 noch 36.500 Arbeitnehmer in Lohn und Brot, so werden es 1988 voraussichtlich nur noch 31.000 sein. Wichtige Ursachen für diese Belegschaftsreduktion um fast 20% liegen im Rücklauf bei der Produktion des Airbus (1983 wurden nur drei solcher Flugzeuge verkauft, während es 1980 noch 50 und 1982 noch 17 waren), im Auslaufen des Tornado-Programms (der letzte Kampfbomber verläßt 1989 die Produktionshallen) und dem Greifen von Rationalisierungsinvestitionen. Neue Fertigungstechnologien und Produktionsmaterialien werden oft in der Luft- und Raumfahrtindustrie entwickelt und zuerst eingesetzt. So betonte MBB-Vorstand Vogels: »Wir haben noch erhebliche Rationalisierungsreserven. Wir müssen und können die Produktivität noch deutlich erhöhen«.

Die Belegschaft von MBB gliedert sich in ca. 40% gewerbliche Arbeitnehmer und 60% Angestellte. In einzelnen zentralen Standorten wie z. B. in Bremen sind ca. 70% der Mitarbeiter Angestellte. Im Vergleich zur sonstigen Industrie hat die MBB-Belegschaft ein überdurchschnittliches Qualifikationsniveau: fast 18% haben Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluß und 68% haben eine Lehre abgeschlossen oder eine Fachschule besucht. Der Umsatz von MBB betrug 1982 ca. 5,7 Mrd. DM. Fast 60% davon wurden durch die militärische Produktion erzielt, die MBB zu einer der größten Rüstungsschmieden der Bundesrepublik macht. Der Konzern ist an vielen internationalen Rüstungs- und Zivilprogrammen beteiligt. Die Produktions- und Entwicklungspalette ist breit. Sie reicht von Kampfbombern, Hubschraubern, Panzerabwehrkanonen, Raketen, Satelliten und Jagdflugzeugen über Weltraumlabor und Zivilflugzeuge bis hin zu medizinischen Geräten, Windkraftanlagen, Nahverkehrssystemen und Solarzellen. Allerdings werden nur 4% des Umsatzes auf neuen zivilen Märkten erwirtschaftet. Die Konzernstrategie ist eindeutig auf Rüstungsproduktion ausgelegt, denn hier lassen sich am leichtesten und sichersten Profite realisieren. Die Aussichten auf eine Stabilisierung der Beschäftigung sind allerdings auch dabei schlecht: Es spricht alles dafür, daß sich auch für den Fall einer Entscheidung zugunsten des Jäger 90 das gesamte Arbeitsvolumen gegenüber dem Tornado in etwa halbieren wird. Dies liegt an der reduzierten

Größe des Jägers (etwa halb so groß), der neuen integrierten Elektronik ausstattung, der nicht arbeitsintensiven Werkstoffe und nicht zuletzt an den fünf (vorher drei) an der Produktion beteiligten Nationen. Zur Verschärfung der Beschäftigungsprobleme trägt auch die Entscheidung von MBB bei, sich beim neuen Airbus A 320 nicht wie bisher mit 38%, sondern nur noch mit 30% zu beteiligen. Das bedeutet auch in diesem Bereich Arbeitsplatzeinbußen.

Der absehbare Arbeitsplatzabbau und die beginnenden Kündigungen haben die Beschäftigten des Bremer Werkes insofern besonders schlimm getroffen, als daß bei einer Arbeitslosenquote von über 13% selbst qualifizierte Ingenieure für den Fall einer Entlassung mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen. Überlegungen z. B. der Gewerkschafter bei MBB in Bremen zur Sicherung der Arbeitsplätze im Unternehmen haben die Möglichkeit einer alternativen Fertigung von sozial nützlichen Produkten in den Mittelpunkt gerückt; solche Arbeitskreise gibt es inzwischen in mehreren Betriebsstätten von MBB.

Die Herausbildung von Arbeitskreisen für eine alternative Produktion, die alle in der einen oder anderen Weise auf die Erfahrungen und die Pionierarbeit einer ähnlichen Gruppe im britischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace zurückgreifen (vgl. Cooley 1982, Wainwright 1982), ist auch ein Resultat neuer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und sich zuspitzender Probleme, die eine offensive Strategie und grundlegende Alternativen der Arbeiter- und Bürgerinitiativbewegung erfordern. Beispielfhaft zu nennen sind:

- die hohe und ansteigende Massenarbeitslosigkeit, die neben Arbeitszeitverkürzungen eine Beschäftigungs- und Investitionspolitik in Feldern des sozialen Bedarfs notwendig macht. Damit werden zugleich Antworten auf

- die rasanten Rationalisierungstendenzen und den Einsatz neuer Technologien gegeben, die zusätzlich die Entwicklung alternativer, mensch-orientierter technologischer und arbeitsorganisatorischer Konzepte erforderlich machen

- die irrationale Hochrüstung mit der jährlichen Vergeudung von weltweit über 2000 Mrd. DM und der Fähigkeiten von ca. 500.000 im Rüstungsbereich tätigen Wissenschaftlern und Ingenieuren, während der Welthunger dramatisch zunimmt und eine Umlenkung der Rüstungsproduktion (Konversion) erfordert

– die Verschärfung der Umweltprobleme durch die Art und Weise des Wirtschaftens, die zu ökologischen, sozialen und ökonomischen Grenzen des Wachstums und »des Fortschritts« führt und den Erhalt der Überlebensfähigkeit selbst zu horrenden Kosten für den Stopp, die Reparatur und die Ursachenbeseitigung von Umweltschäden in Frage stellen

– der Anspruch von immer mehr Menschen, den Inhalt und die Bedingungen ihrer Tätigkeit weitgehend selbst zu bestimmen und kontrollieren zu können und als »soziale Wesen« einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller zu leisten.

Man wird die erheblichen sozialen und ökonomischen Kosten der vorherrschenden Art des Wirtschaftens zu berücksichtigen haben: so werden z. B. die Kosten der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auf 50–70 Mrd. DM jährlich beziffert und allein die durch die Umweltverschmutzung entstehenden Schäden mit 50–80 Mrd. DM angegeben.

Insbesondere die Luft- und Raumfahrtindustrie hätte unter der Bedingung einer politischen Umsteuerung der Produktion die Möglichkeit, zentrale Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu leisten. Tatsächlich gibt es kaum nützliche Produkte und humane Technologien, die ein Luftfahrtkonzern wie MBB nicht entwickeln und produzieren könnte. Darauf weist die umfangreiche Produktpalette hin – von der Bundesregierung werden aber fast ausschließlich militärische Aufträge erteilt. Bei Produktions- und Arbeitsplatzfragen geht es um politische Prioritäten-Entscheidungen und nicht um militärische oder technologische Sachzwänge. Das in der Bundesrepublik und insbesondere in der Luftfahrtindustrie konzentrierte Know-how z. B. in den Bereichen Energie- und Verkehrstechnologie würde ausreichen, um die Rohstoffreserven nahezu vollständig zu schonen, Risiken zu vermeiden und eine sinnvolle Beschäftigung zu schaffen. In diese Richtung arbeiten gewerkschaftliche Arbeitskreise für eine alternative Fertigung.

2. Der Arbeitskreis Alternative Fertigung bei MBB Bremen

Gründung und Ziele des Arbeitskreises Alternative Fertigung

Anfang 1982 wurde im Anschluß an ein Bildungsurlaubsseminar der Ar-

beitskreis für eine Alternative Fertigung gegründet. Über ein halbes Jahr lang wurde im Arbeitskreis eine Grundsatzdiskussion über die Ziele und Vorstellungen geführt, in der politische Aspekte im Mittelpunkt standen. Am Schluß gelang es, eine gemeinsame Grundsatzerklärung aller Beteiligten zu verabschieden. Das erste Ziel des Arbeitskreises ist die Sicherung der Arbeitsplätze im Werk Bremen, zugleich spielt aber der Wille zur Umstellung der Rüstungsproduktion eine entscheidende Rolle. In der Grundsatzerklärung wird zwar darauf hingewiesen, daß es dem Arbeitskreis auch um eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen und die Entwicklungen von alternativen Produktionstechnologien und -verfahren geht, dieser Aspekt spielt aber in den Arbeitskreisdiskussionen kaum eine Rolle. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der Produktdiskussion, die sich allerdings z. B. auf dem Gebiet der neuen Energietechnologien auch zur Erarbeitung alternativer Versorgungskonzeptionen und alternativer Politikkonzepte ausweitet.

Struktur des Arbeitskreises und Stellung im Betrieb

Der Arbeitskreis wurde unter Beteiligung und im Konsens mit den Betriebsräten der IG Metall und der Vertrauenskörperleitung vom Vertrauenskörper gegründet und ist ein Arbeitskreis der IG Metall im Betrieb. Der Arbeitskreis ist auch für Nicht-Gewerkschafter offen und tagt i. d. R. alle vier Wochen im Betriebsratsbüro. Die laufenden Geschäfte werden von einem Organisationskreis von 5 Kollegen wahrgenommen, die Arbeit an bestimmten Produktvorschlägen z. Zt. in drei Arbeitsgruppen zu Energietechnologien, Verkehrstechnologien und medizinischen Geräten vorangetrieben. Zur weiteren Verdichtung der Arbeit haben insgesamt 6 Bildungsurlaubs- und 3 Wochenendseminare nur für MBB-Kollegen gemeinsam mit einem Projekt aus dem Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer beigetragen, an denen insgesamt 83 Kolleginnen und Kollegen (Mehrfachteilnahme zu unterschiedlichen Schwerpunkten) teilgenommen haben.

Bei den Sitzungen des Arbeitskreises und der Arbeitsgruppen waren bisher 110 Mitarbeiter aus dem Werk anwesend, wobei allerdings nur 50 bis 60 Kolleginnen und Kollegen intensiver in die Arbeitskreisarbeit einbezogen sind. Der harte Kern des Arbeitskreises besteht aus ca. 20 bis

30 Kolleginnen und Kollegen. Es sind nur sehr wenige Betriebsräte und Mitglieder der Vertrauenskörperleitung aktiv, nicht zuletzt weil die »normale« Gewerkschaftsarbeit im Betrieb in den letzten Jahren ja nicht geringer geworden ist. Man kann sagen, daß der Arbeitskreis eine Aktivierungsmöglichkeit für Vertrauensleute und interessierte Kolleginnen und Kollegen geschaffen hat.

Innerhalb des Gesamtkonzerns MBB gibt es leider nur in wenigen Werken ähnliche Arbeitskreise, die sich z. T. gerade erst gegründet haben. Eine Betriebsrätekonferenz aller MBB-Betriebsräte hat zwar auch eine Ausweitung der alternativen Produktion verlangt, aber eine Politik der harten Interessenvertretung und des aktiven Kampfes für eine alternative Fertigung ist auf Konzernebene z. Zt. nicht mehrheitsfähig.

Mobilisierung von Belegschaft und Öffentlichkeit

Die Belegschaft wird über Berichte im Vertrauenskörper und auf Betriebsversammlungen sowie über Flugblätter auf dem laufenden gehalten. Der Versuch der Belegschaftsmobilisierung mit Hilfe einer Befragung zur alternativen Produktion hat allerdings verdeutlicht, daß trotz großer Sympathien nur ein kleiner Teil zur aktiven Unterstützung des Arbeitskreises bereit ist.

Da die Gründung des Arbeitskreises mit einer erheblichen Vergrößerung der Friedensbewegung und einer Zunahme der Diskussion von Abrüstungsproblemen zusammenfiel, gab es eine Vielzahl von Referentenanforderungen durch gewerkschaftliche Gruppen, Basisinitiativen, Parteien und Universitäten sowie eine Reihe von Interviewwünschen der Presse. Es hat sich inzwischen ein Stab von Referenten herausgebildet, der an der Mobilisierung der Öffentlichkeit für eine alternative Produktion arbeitet. Die Intensität dieser »Außenkontakte« wurde allerdings betriebsintern zum Teil deshalb kritisiert, weil Arbeitskraft für die betriebliche Arbeit des Arbeitskreises abgezogen wurde.

Im Rahmen der Produktdiskussion hat es eine Vielzahl von Kontakten zu anderen Initiativen, gewerkschaftlichen Gruppen und Institutionen gegeben, z. B. zu Ärzten, Kollegen in der Behindertenwerkstatt des Reichsbundes, Stadtteilinitiativen, senatorischen Behörden und Hochschullehrern der Universität.

Sowohl zur innerbetrieblichen Aktivierung und Information als auch zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit wurde Anfang 1984 eine längere Broschüre des Arbeitskreises fertiggestellt, in der über die bisherigen Überlegungen und Arbeitsergebnisse berichtet wird (Fischer u. a., 1984). Anzumerken ist noch, daß von den Arbeitskreismitgliedern der Druck und die Rückkoppelung aus der Belegschaft als gering empfunden wird. Allerdings gibt es immer wieder Berichte über Diskussionen in den Abteilungen und Bereichen über die Ziele und Aktivitäten des Arbeitskreises, die aber nicht in die Betriebsöffentlichkeit vordringen.

Die Offenheit des Arbeitskreises für Nicht-Mitglieder der IG Metall hat sich inzwischen insofern ausgezahlt, als daß es einige Neueintritte und Übertritte aus anderen betrieblichen Gruppen gegeben hat.

Anfang 1983 wurde in der Arbeiterkammer Bremen eine Diskussion mit kooperationsbereiten Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Universität durchgeführt, deren laufende Forschungen zwar häufig durch Industrierträge anderweitig gebunden sind, die aber trotzdem ihre Bereitschaft zur Unterstützung und Beratung der Belegschaftsinitiativen bekundet haben. So gibt es z. B. von einer universitären Gruppe den Versuch, die Arbeitsgruppe Luftschiffbau durch Markt- und Kostenanalysen zu unterstützen.

Neue Produktion und Technologiekonzepte

Bisher ist in Zusammenarbeit mit einem Bremer Kieferchirurgen an einem Kieferröntgengerät und einer automatischen Zahnarztstuhl-Beleuchtungsanlage gearbeitet worden. Im Moment wird intensiv an der Konzeption eines Luftschiffes und einer Lkw-Fracht-Verladestation für die Bundesbahn gearbeitet. Außerdem gibt es eine Reihe von Vorschlägen und Konzepten auf dem Energiesektor, die von Wind- und Solaranlagen bis hin zu Energiespeicherungssystemen und Energietransportsystemen reichen. Aus der Überlegung heraus, die energietechnologischen Vorschläge konkret an die Bedürfnisse der Bremer Region anzupassen, wird derzeit über ein regionales Energiekonzept für Bremen nachgedacht. Dazu wurde ein Vertreter des Senators für das Bauwesen in den Arbeitskreis eingeladen und im Frühjahr 1984 vom Kooperationsbereich der Universität aus eine Tagung zum Thema »Arbeitsplätze

durch regionale Energieversorgungssysteme« durchgeführt. Inzwischen wird auch über die Entwicklung eines regionalen Verkehrskonzepts diskutiert.

Reaktion des Managements

Die Bremer Geschäftsleitung hat zunächst mit totaler Ablehnung des Arbeitskreises und seiner Vorschläge reagiert. Als es dann zu Gesprächen zwischen Betriebsrat und Arbeitskreis auf der einen und der Geschäftsführung auf der anderen Seite gekommen ist, haben betriebliche Experten sehr schnell nachzuweisen versucht, daß die Vorschläge aus dem zahnmedizinischen Bereich (Zahnarztstuhl-Beleuchtung, Kiefern-röntgengerät) zu teuer würden, nicht in die Produktpalette eines Luftfahrtkonzerns passen würden und außerdem kein Vertriebsnetz vorhanden sei. Gleichzeitig hat sich aber der MBB-Geschäftsführer Sepp Hort im Managermagazin mit den technologischen Fähigkeiten des Konzerns gebrüstet: »Wir leben von 20 großen Projekten, haben 200 veröffentlicht und verfügen über weitere 1700 Arbeitstitel« (Managermagazin 1/82). Die vom Betriebsrat angeforderte Liste dieser 1700 Ideen wurde allerdings in einer Form überreicht, mit der nichts anzufangen ist – da ist z. B. pauschal von soundso viel Projekten im Bereich der Energietechnologien die Rede, ohne daß es aber konkrete Produkthinweise gibt. Die angeforderte und von der Geschäftsleitung angekündigte Konkretisierung steht dem Betriebsrat und dem Arbeitskreis nach wie vor nicht zur Verfügung.

Wohl nicht nur als Reaktion auf die Gründung des Arbeitskreises, sondern auch auf neuere strategische Überlegungen insbesondere beim neuen Vorstandsvorsitzenden geht die kürzlich erfolgte Neugründung von zwei Zentralabteilungen zurück, deren Aufgabe die Zusammenfassung der Diversifikations-Aktivitäten des Konzerns ist. Einige Zeit nach dieser Wende in der Konzernspitze hat auch die Bremer Geschäftsleitung ihr Verhalten geändert: Es wurden zwei Ansprechpartner benannt, die mit dem Arbeitskreis und dem Betriebsrat Gespräche führen und über Produktvorschläge diskutieren. Diese Beauftragten der Geschäftsführung ziehen Experten auch aus anderen Werken heran und führen

kontinuierliche Gespräche auch auf der Ebene einzelner Untergruppen des Arbeitskreises Alternative Fertigung.

Es spricht alles dafür, daß sich MBB als Technologiekonzern darstellen möchte, der nicht nur dadurch glänzt, daß er mit ca. 3 Mrd. DM Rüstungsumsatz Deutschlands größte Waffenschmiede ist. Angeblich sollen die neuen Zentraleinheiten für Diversifikation auf 5 Jahre eingerichtet werden und bis 1988 einen Umsatz von 500 Mio. DM erwirtschaften. Man muß annehmen, daß der Versuch der Ausnutzung aller Marktmöglichkeiten auch für alternative Produkte unternommen wird. Damit wird der Arbeitskreis in eine problematische Situation gebracht: Es besteht die Gefahr, daß er als betriebliches Vorschlagswesen instrumentalisiert wird, dessen gewinnträchtige Ideen aufgegriffen werden und dem zugleich seine Überflüssigkeit mit der Begründung unterstellt wird, daß sich das Management ja mit allen Mitteln um die Arbeitsplatzinteressen der Kollegen bemüht.

Deshalb wird es darauf ankommen, den Unterschied zwischen momentan gewinnträchtig vermarktbareren Produkten und dem vorhandenen sozialen Bedarf der Bevölkerung zu betonen und an gesellschaftlich nützlichen Produktvorschlägen auch dann festzuhalten, wenn es dafür im Moment keine großen Absatzmärkte und Gewinnaussichten gibt. Es muß auch an Produkten weitergearbeitet werden, die nur zum Selbstkostenpreis oder gar mit leichten Verlusten absetzbar sind. Allerdings wird es schwer werden, Hinweise der Geschäftsführung auf Millionenverluste in bestimmten Bereichen zu ignorieren.

Diese Situation deutet darauf hin, daß sich der Arbeitskreis auch verstärkt an die politisch Verantwortlichen wenden müssen: Staatliche Instanzen sollen Aufträge für sozial nützliche Produkte anstelle von Rüstungsaufträgen vergeben und z. B. die Bürger auf Dauer auch finanziell entlastende regionale Energieversorgungskonzepte entwickeln.

Unterschiedliche Ansatzpunkte und Kontroversen zwischen Management und Betriebsrat/Arbeitskreis über die Produktpalette des Betriebes bzw. Konzerns machen deutlich, daß die Mitbestimmungsforderung auch aus diesem Aspekt heraus neu gestellt werden muß. Es ist nicht einzusehen, daß die Geschäftsleitung alleine darüber entscheidet, was und wieviel mit welchen Methoden produziert wird und wofür Investitionsmittel eingesetzt werden.

3. Mobilisierende Betroffenenforschung: Die Befragungsaktion des Arbeitskreises bei MBB Bremen

Im Dezember 1982 wurde vom Arbeitskreis Alternative Fertigung, der Vertrauenskörperleitung der IG Metall und dem Betriebsrat von MBB Bremen eine Befragung der Belegschaft (vgl. die ausführliche Auswertung in Einemann/Lübbing 1983) durchgeführt. Ziel war es, sowohl einen Überblick über die Krisen- und Rationalisierungsbetroffenheit der Kollegen zu bekommen als auch die Phantasie der Beschäftigten im Hinblick auf mögliche Alternative Produkte zu aktivieren. Der Fragebogen wurde auf einem Wochenendseminar gemeinsam erarbeitet, von den Vertrauensleuten der IG Metall im Betrieb verteilt und wieder eingesammelt. Die erste Auswertung erfolgt in einem Wochenseminar Anfang 1983; die Ergebnisse wurden im Betrieb veröffentlicht und unter den Vertrauensleuten, im Arbeitskreis und mit der Belegschaft diskutiert. Ein wichtiger Effekt der Befragung besteht in der »indirekten« Aktivierung der Belegschaft, die mit dem Ausfüllen des Fragebogens und bei der Diskussion der Ergebnisse zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den betrieblichen Problemen und möglichen gewerkschaftlichen Alternativen angeregt wird. Man kann von einer Einheit aus betriebsnaher Bildungsarbeit, Belegschaftshandeln im Betrieb und einer von den Beschäftigten selbst geplanten und durchgeführten Forschungsarbeit sprechen.

Von 3500 verteilten Fragebögen wurden 400 ausgefüllt zurückgegeben (wobei die kaufmännischen Angestellten und die Unorganisierten unterrepräsentiert waren). Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist darin zu sehen, daß zwei Drittel der Befragten des Rüstungsbetriebes VFW/MBB erklärten, daß sie lieber an zivilen statt an militärischen Produkten arbeiten würden. Nur 2% zogen militärische Aufträge vor – »wegen der Arbeitsplatzsicherheit«, wie einzelne Befragte ausdrücklich notierten. Von den Beschäftigten, denen die Herstellung ziviler oder militärischer Güter »völlig egal« war, wurde z. T. zur Erläuterung darauf hingewiesen, daß es ihnen gleichgültig sein muß, was sie produzieren, denn »sonst übernimmt MBB in Ottobrunn diese Arbeit alleine«.

Man muß feststellen, daß Rüstungsbeschäftigte in gar keiner Weise ein Interesse an der Herstellung militärischer Produkte haben und lie-

ber zivile und sozial nützliche Güter produzieren würden – die Gültigkeit in dieser Frage ist häufig genauso Resultat einer materiellen Zwangssituation wie die artikulierte Forderung nach Rüstungsaufträgen, d. h. Ausdruck einer existenziellen Notsituation, in der die einzige Alternative »Arbeitslosigkeit« lautet. (Fehlende konkrete Alternativen der Arbeiterbewegung sind eine zentrale Rahmenbedingung für die Bereitschaft der Arbeiter, konservativen Krisenlösungsansätzen zuzustimmen, vgl. Schumann u. a. 1982 und Einemann 1982.)

Der Arbeitskreis und seine Aktivitäten wurden – zumindest von den 400 Kollegen, die auf die Befragung geantwortet haben – eindeutig im Betrieb getragen: über 90% beurteilten den Arbeitskreis positiv, über 80% waren zu seiner Unterstützung bereit und 50% wollten sogar in ihm mitarbeiten. Die Bereitschaft zur Mitarbeit an zivilen Projekten war bei den befragten Technikern und Ingenieuren mit 61% besonders hoch. Die Angaben der Befragten über ihre besonderen Interessenfelder in bezug auf eine Alternative Fertigung zeigen, daß durchaus der Versuch gemacht wurde, gesellschaftliche Problembereiche mit vermutbarem Bedarf und die Produktionsmöglichkeiten von MBB in einen Zusammenhang zu bringen. Zu denken geben sollte, daß immerhin 50% der Arbeiter ihr ausdrückliches Interesse für die Arbeit der Arbeitsgruppe Umweltschutztechnologie bekundeten – damit kann sich durchaus andeuten, daß der vielzitierte Gegensatz von Arbeiter- und Umweltschutzbewegung zumindest in der behaupteten Form nicht besteht und ganz im Gegenteil das »Umweltbewußtsein« in der Arbeiterschaft außerordentlich hoch ist. Das bei den Arbeitern und bei den Mitgliedern der IG Metall überdurchschnittlich hohe Interesse an neuen Arbeitsschutztechniken läßt sich als Indiz für den erheblichen Humanisierungsbedarf in den Betrieben interpretieren, auch wenn zu diesem Bereich kein einziger konkreter Produktvorschlag vorgetragen wurde.

Die große Sympathie für den Arbeitskreis, die Bereitschaft zur Mitarbeit und das Interesse an einzelnen Projektgruppen setzte sich nur bei wenigen Befragten in der Benennung konkreter Produktideen fort. Lediglich 8% bzw. 31 MBB-Beschäftigte haben den Fragebogen dazu benutzt, dem Arbeitskreis bestimmte Vorschläge zu machen. Die Antworten dieser Gruppe waren dadurch gekennzeichnet, daß sie in der Regel Hinweise auf mehrere Produkt-Alternativen enthielten: Insgesamt gab es 74 Nennungen, davon 47 unterschiedliche. Unter Einschluß der

schon im Arbeitskreis Alternative Fertigung entwickelten Ideen kann man davon sprechen, daß seit Anfang 1983 insgesamt 62 Projekte in der Diskussion sind (siehe Anhang).

Die insgesamt geringe Beteiligung an der Befragung kann (neben einer Gegenpropaganda durch Vorgesetzte und »unabhängige« Betriebsräte) eine zentrale Ursache darin haben, daß viele zivile Projekte schon im Konzern bearbeitet und z. T. bereits wieder eingestellt worden sind (wie z. B. die Sonnen- und Windtechnologie bei Erno in Bremen), und das Hauptproblem weniger in der Entwicklung von Ideen und mehr auf der Ebene der Durchsetzungsmöglichkeiten gesehen wurde. In einzelnen Notizen wurden trotz der artikulierten Bereitschaft zur Mitarbeit auch Zweifel an den Erfolgsaussichten angemeldet, die sich neben der Frage nach der Finanzierung von Entwicklungsarbeiten vor allem auf die Durch- und Absetzbarkeit der zivilen Produkte bezogen.

Das für die Durchsetzbarkeit von Produktvorschlägen im Unternehmen eine wesentlich erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten und Vergesellschaftungen nötig sind, deutete ein Arbeiter an: »Ich glaube, daß Ihr noch nicht wißt, wer in diesem Staat die Produktionsmittel besitzt. Es nützen überhaupt nicht die schönsten Vorschläge der Alternativen Fertigung, wenn wir sie nicht durchsetzen können. Wir haben keine Mitbestimmung!« Darüber hinaus werden sicherlich auch öffentliche Aufträge nötig sein, um sozial nützliche Produkte abzusetzen – das können kommunale Aufträge ebenso sein wie solche der Bundesregierung aus frei werdenden Rüstungsgeldern.

4. Durchsetzungsprobleme einer alternativen Produktion

Die vorhandenen Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung haben eine grundlegend andere Qualität als die Institution des betrieblichen Vorschlagswesens: eine substantielle Humanisierung der Arbeit und die Herstellung von betriebswirtschaftlich nicht profitablen Produkten stoßen an die Grenzen der Gewinninteressen und Unternehmensstrategien des Kapitals, die Formulierung von alternativen Unternehmensplänen an die Grenze der Herrschafts- und Kontrollinteressen des Managements. Mit der Berücksichtigung gesellschaftlicher Kriterien und

menschlicher Interessen bei der Konzeption von Produkten und Produktionsmethoden wird nicht nur die Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber der Art und Weise seiner Verwertung in Frage gestellt; zugleich werden unbefriedigte und i. d. R. kollektive Bedürfnisse aufgegriffen und formuliert, die eine sinnvolle Produktion für »neue Märkte« ermöglichen, allerdings auch alternative Politikkonzepte (»Wende vorwärts«) erfordern. Hier liegt die zwangsläufige Verbindung von allen Ansätzen einer Alternativen Produktion und »großer« Gesellschaftspolitik: Der Absatz und Einsatz sozial nützlicher Produkte in einer relevanten Größenordnung setzt nicht nur individuelle, sondern vor allem politische Entscheidungen voraus.

Notwendig sind Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramme zur Förderung eines qualitativen Wachstums in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs auf Kosten des Kapitals und der Reichen; notwendig ist ein Umbau der Rüstungsausgaben zugunsten sozial nützlicher Produkte und eines Beitrages zur Sicherung des Überlebens der Menschheit; notwendig sind intensive Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes zur Beseitigung der vorhandenen und Verhinderung weiterer Zerstörung; notwendig ist eine soziale Kontrolle der Folgen und eine Veränderung der Prinzipien des technologischen Wandels – es sind politische und nicht technologische oder von Sachzwängen diktierte Entscheidungen im Interesse der Menschlichkeit und gegen die Interessen der momentan Herrschenden zu treffen.

Nur der tägliche Druck und das Wahlverhalten von Mehrheiten sind in der Lage, eine neue Zukunftsperspektive der gesellschaftlichen Kontrolle über Produktion und Politik zu eröffnen. Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung und Friedensbewegung können als gemeinsame Kraft mit prinzipiell gleichen Interessen zu dem zentralen Faktor der Umgestaltung werden. Die Vernetzung vorhandener »Alternativ-Initiativen«, die Ausweitung der Mit- und Selbstbestimmung sowie die gemeinsame Diskussion von Basisgruppen in Betrieben, Dienstleistungszentren, Universitäten und Kommunen können die Entwicklung und Praktizierung von humanen Strukturen und neuen Motivationen sowie möglicherweise auch Mehrheiten erschließen. Wahrscheinlich entwickeln sich bereits heute im Schoße der alten Gesellschaft, die die vorhandenen Produktivkräfte nicht mehr im Interesse der Menschheit nutzen und weiterentwickeln kann, Leitlinien und Ansatzpunkte zukünftiger

gesellschaftlicher Verhältnisse. Es müssen zentrale politische Weichenstellungen erfolgen: Staatliche Gelder müssen gezielt in Bereiche des sozialen Bedarfs und auf »menschliche Produkte« gelenkt werden, so daß auch die zwar erforderlichen, aber über den Markt nicht gewinnträchtig finanzierbaren Schritte unternommen werden können. Kein Betrieb und keine Belegschaft kann es sich leisten, staatliche Rüstungsaufträge abzulehnen und sich selbst in die Pleite und die Arbeitslosigkeit »zu basteln« – aber der Staat kann seine Subventionen statt zur Förderung der Gewinne für sozial nützliche Produkte einsetzen (Fernwärme statt Investitionszulagen) und militärische Aufträge durch zivile ersetzen.

Die Finanzierung öffentlicher Investitionsprogramme mit dem Ziel der Ausweitung der sozial nützlichen Produktion ist kein unlösbares Problem, sondern eine Verteilungs- und damit auch eine Klassenfrage. Neben einem Umbau des Rüstungsetats und der Ausgaben für schädliche Großprojekte sind Veränderungen im Steuer- und Zuteilungssystem nötig, die die Reichen und das Kapital verstärkt zur Finanzierung heranziehen und sie nicht wie bisher auf Kosten der »kleinen Leute« noch reicher machen. Allein die Einführung einer Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen, die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen, die Streichung des Kindergeldes bei einem Netto-Monatseinkommen von mehr als 4000,- DM, ein Verbot aller Abschreibungsgesellschaften, die Bekämpfung der Steuerrückstände und der Steuerkriminalität und ein hoher Steuersatz für Finanzinvestitionen würden jährlich zweistellige Milliardenbeträge mobilisieren.

Nicht nur die staatlichen Investitions- und Auftragsprogramme, sondern auch die Unternehmensaktivitäten müssen nach dem Kriterium der sozialen Nützlichkeit und der Umweltverträglichkeit untersucht und notfalls umgestellt werden. Wenn nicht eine andauernde Umverteilung öffentlicher Mittel in unkontrollierbare private Verfügungsgewalt stattfinden soll, dürften der Aufbau von öffentlichen oder selbstverwalteten Eigenbetrieben, die Vergesellschaftung und möglicherweise Entflechtung von Großkonzernen sowie die Abstimmung von Rahmenplänen z. B. mit der Festlegung von Investitionsschwerpunkten erforderlich werden. Alternative Produktion bedeutet auch eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und eine Demokratisierung der Entscheidungen.

5. Gegenmachtbildung in Betrieben und Regionen

Die sich verschärfenden gesellschaftlichen Probleme und die Gefahr ihrer autoritären »Lösung« erlauben keine Politik des Wartens auf die großen bundespolitischen Veränderungen. Diese sind nur vorstellbar auf der Basis einer von realen Perspektiven getragenen Gegenmachtbildung in den Betrieben und Regionen; aktive Belegschafts- und Bürgerinitiativen sind zugleich eine wesentliche Bedingung für den Erfolg einer veränderten Bundespolitik, die ihre Ziele dezentral umsetzen müssen.

5.1 Gewerkschaftliche Gegenmacht

Arbeitskreise für eine alternative Produktion setzen innerbetrieblich neue Akzente in der Interessenvertretung und stellen zugleich einen gewerkschaftspolitischen Katalysator dar, der betriebspolitische Betätigungsmöglichkeiten z. B. auch für solche Kollegen eröffnet, die sich stark mit der Friedens- oder Umweltschutzbewegung identifizieren. Wichtig ist die gute Kooperation von Arbeitskreisen, Vertrauenskörpern und Betriebsräten sowie die Nutzung aller Möglichkeiten zur Aufklärung und Aktivierung der Belegschaften in den Betrieben (z. B. durch Flugblätter, Anschläge an Schwarzen Brettern, Reden auf Betriebsversammlungen, Diskussionen im Vertrauenskörper, Gespräche der Vertrauensleute mit den Kollegen am Arbeitsplatz und Selbstbefragungen der Belegschaften) und über die Medien (z. B. Interviews im Rundfunk und im Fernsehen, Beiträge in Fachzeitschriften, Artikel in Zeitungen und Vorträge bei Veranstaltungen).

Betriebsbezogene Wochenendseminare und Bildungsurlaubs-Wochenendseminare hatten bisher einen wesentlichen Anteil an der Stabilisierung der Belegschaftsinitiativen, weil hier ausführliche Diskussionen ohne Zeitdruck möglich waren. Dabei konnten unterschiedliche Positionen ausgetauscht, vorhandene Konflikte vernünftig diskutiert und z. T. ausgeräumt und das menschlich-solidarische Verhältnis zueinander wesentlich verbessert werden. Wichtig ist deshalb die Ausnutzung aller Möglichkeiten zu einer betriebsnahen Bildungsarbeit, die durch Seminare auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zum Erfahrungs-

austausch der Arbeitskreise untereinander zu ergänzen ist. Die Koordination der Arbeitskreise auf Konzernebene z. B. bei MBB und ihrer Zusammenarbeit auf der örtlichen und überörtlichen Ebene konnte bisher zwar nur ansatzweise realisiert werden, stellt aber eine zentrale Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeit zur Verbesserung der Kampfbedingungen dar.

Eine gemeinsame Erfahrung mehrerer Arbeitskreise ist die Notwendigkeit von Kontakten in den Wissenschaftsbereich hinein, sind die mit der Nutzung regional verfügbarer wissenschaftlicher Beratung verbundenen großen Vorteile für die betriebliche Arbeit. Das gilt für die Bremer Arbeitskreise in bezug auf ein Projekt im Kooperationsbereich Universität/Arbeiterkammer ebenso wie für die Hamburger Arbeitskreise in bezug auf die Innovations-Beratungs-Stelle der IG Metall und die britischen Kollegen von Lucas Aerospace in bezug auf das Institut für eine alternative Produktion (CAITS). Der Ausbau solcher Einrichtungen in der Bundesrepublik bleibt eine wesentliche Forderung.

5.2 Regionale Gegenmacht: Eigengesellschaften der öffentlichen Hand und Produktion für den Bedarf

Auch unter ökologischen Aspekten sehen wir die Notwendigkeit einer offensiven regionalen Industriepolitik mit dem Hauptziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Obwohl das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit nur auf Bundesebene wirklich lösbar erscheint, stellt sich doch die Frage nach dezentralen Ansatzpunkten – notwendige Umstrukturierungen müssen ohnehin betrieblich und regional umgesetzt werden.

Weil wir nicht auf die »Selbstheilungskräfte des Marktes« vertrauen, uns eine regionalwirtschaftliche Einflußnahme auf Konzernentscheidungen durch staatliche Unternehmensbeteiligungen und den Druck der Arbeitnehmerschaft vorstellen können und die zukünftige industrielle Produktion nach qualitativen Gesichtspunkten (gesellschaftlicher Nutzen der Produkte, Humanität und Umweltverträglichkeit der Produktion) steuern wollen, fordern wir als Instrument der regionalen Strukturpolitik eine staatliche Eigengesellschaft mit der Aufgabe, gemeinsam mit einzelnen Unternehmen eine offensive Industriepolitik

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur besseren Versorgung der Menschen zu konzipieren (Einemann / Lübbing / Schürz 1981).

Ein Ausdruck eines solchen Ansatzes könnte z. B. in Bremen die Gründung eines regionalen Zentrums für sanfte Energietechnologien sein. Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Zentrums sollte die (Weiter-)Entwicklung und Produktion von sanften Energietechnologien stehen; das bedeutet insbesondere die Herstellung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und der Windenergie sowie den Bau von Heizkraftwerken zur dezentralen Strom- und Wärmeversorgung. Für den Aufbau einer solchen Produktion gibt es reichhaltiges regionales Know-how, das auszunutzen und weiter zu fördern wäre. Das Zentrum müßte sich verstärkt in die Förderprogramme des Bundes (BMFT) einklinken, könnte staatliche Unternehmenssubventionen produktiv zum Aufbau einer Alternativen Fertigung nutzen und darüber hinaus eventuell Mittel der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen (die sonst zur Finanzierung von arbeitslosen Metallarbeitnehmern auszugeben wären); darüber hinaus müßte auf Forschungsaktivitäten und Know-how aus der Universität und den Fachhochschulen zurückgegriffen werden.

Die Arbeit eines solchen Zentrums könnte dem drohenden Arbeitsplatzverlust insbesondere im Luftfahrzeug- und Schiffbau entgegenwirken und sich auf Aktivitäten der Belegschaften stützen, die bereits Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung gegründet haben.

Zur Absicherung der Produktion würde eine staatliche Politik des Energiesparens beitragen, die die öffentliche Hand (zumindest zunächst) zu einem Hauptabnehmer der neuen Technologie macht; der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Umrüstung aller öffentlichen Gebäude mit Solarenergieanlagen und/oder erdgasbetriebenen Wärmepumpen können z. B. Bestandteil einer staatlichen Investitionspolitik sein, die gesellschaftliche Nützlichkeit, das Einfrieren finanzieller Mittel und knapper Ressourcen und Beschäftigungswirkungen zugleich erzielt. Zur Durchsetzung eines solchen industriepolitischen Modells müssen u. U. auf Rüstungsaufträge fixierte Konzernspitzen durch politischen Druck (Eigentumsanteile, Aufträge) gebracht werden. Man wird sich kaum auf den eigentlich zu erwartenden guten Willen aller Beteiligten allein verlassen können.

6. Das Beispiel London: Verknüpfung von regionaler Wirtschaftspolitik und alternativer Produktion

Daß auch vor einer grundlegenden bundespolitischen Änderung auf kommunaler oder regionaler Ebene Schritte in die richtige Richtung möglich sind, zeigen neben Kosten und Ansätzen in der Bundesrepublik (Stichworte sind u. a. kommunale Produktion, regionale Eigengesellschaften, Arbeitskräftepools, zweiter Arbeitsmarkt) historische Erfahrungen vor allem im »Roten Wien« der 20er Jahre (Novy 1979) und die beispielhaften Ansätze Londons (Einemann/Lübbing 1984), wo eine sozialistische Bezirksregierung um die Verbindung von Alternativer Produktion und regionaler Strukturpolitik mit dem Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verbesserung der Lebensqualität bemüht ist.

Groß-London mit ca. 11 Mio. Einwohnern hatte Anfang 1984 ca. 375.000 arbeitslose Menschen; in einzelnen Arbeiterbezirken waren bis zu 30 % der Arbeitnehmer arbeitslos. Die von den Sozialisten (Labour Party) getragene Bezirksregierung hat dem ausschließlichen Vertrauen in die Marktwirtschaft durch die konservative Regierung Thatcher (die zur Arbeitslosigkeit von über 3 Mio. Engländern geführt hat) ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegen gestellt. Der Greater London Enterprise Board (eine eigenständige, öffentlich kontrollierte *Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung*) wird mit 70 Mitarbeitern und einem Jahresetat von ca. 150 Mio. DM ausgestattet und soll »ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen herauszufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen«. Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienst und Know-how zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperationen besonders unterstützt werden. Investitionsmittel können in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden; die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

- »das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z. B. durch kommunale Unternehmen und Arbeitskooperativen)« und
- ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. »Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze« sowie Angaben zur »Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel; zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit«.

Die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen Produktion (bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für alternative Produktion (CAITS), soll nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Sogenannte *Technologie-Netzwerke* sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des Know-how der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Koordinationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln anstatt sie zu zerstören (z. B. durch alternative Werkzeugmaschinen) und nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen; die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (Alternative Produktion) beitragen.

In London werden in fünf Regionen »Technologie-Netzwerke« um die Technischen Hochschulen aufgebaut. In separaten Gebäuden (damit jedermann angesprochen werden kann und kommt) sollen Vermittlungsinstitutionen entstehen, die Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung aufgreifen und in einen gemeinsamen Bearbeitungsprozeß mit Wissenschaftlern bringen – als Vorbild werden die holländischen Wissenschaftsläden erwähnt. Diese Kooperationsstellen sollen im einzelnen enthalten:

- eine Abteilung zur Unterstützung von Unternehmen, die z. B. für Kooperativen Beratungskapazitäten auf den Gebieten Technik, Produktion, Planung und Marketing bereitgestellt,
- eine kleine Kooperations-Abteilung, die Menschen aus der Region

bei der Nutzung von Hochschul- und Universitätskapazitäten für ihren Forschungs- und Entwicklungsbedarf unterstützt,

- eine »Produkt-Bank« nach dem Vorbild einer irischen »Innovations-Bank«, die Produktvorschläge aus dem Hochschulbereich, von Ingenieuren und Arbeitern aus Betrieben und Kommunen und von außerhalb sammelt und so patentiert, daß sie von den arbeitenden Menschen genutzt werden können,

- eine Werkstatt (»Maschinen-Bank«) mit gebrauchten Maschinen, die für Ausbildungsprogramme und von Kooperativen und anderen Gruppen genutzt werden kann.

Die »Technologie-Netzwerke« sollen Wissenschaftler- und Beschäftigtengruppen, aber auch Repräsentanten der Kommunen und andere Freiwilligen-Gruppen einbeziehen, die ein Interesse an der Entwicklung einer sozial nützlichen Technologie haben.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein »Projekt für Betroffenen-Planung« (Popular Planning Projekt) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilungen der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: »Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben zu geben«. Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unterstützt werden – durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. »Unser Job ist, Möglichkeiten zum Studium und für die Forschung bereitzustellen, um Zukunftsvorstellungen mit dem dringenden Bedarf zu verknüpfen und in praktische Pläne umzusetzen sowie ein Bildungsprogramm aufzulegen, das den Menschen diese Probleme, die vorhandenen Lösungsvorschläge und die Schritte zur Umsetzung von Vorschlägen in die Realität bewußt macht«.

7. Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion

1. Die Diskussion über neue oder alternative Produkte in den Belegschaften oder durch ihre Interessenvertreter ist

- eine Reaktion in erster Linie auf die Unfähigkeit der bisherigen Produktion, alle Arbeitsplätze zu sichern (also eine Antwort auf anstehende Entlassungen), aber oft auch zusätzlich

- eine Kritik an den bisher hergestellten Gütern, die für gesellschaftlich überflüssig oder gefährlich (z. B. die Rüstungsproduktion und der Bau von Atomkraftwerken) gehalten werden sowie

- die Betonung eines offenkundigen sozialen Bedarfs (z. B. im Umweltschutz- oder Energiebereich), der mit den vorhandenen betrieblichen Möglichkeiten befriedigt werden könnte.

Schlechte betriebliche Arbeitsbedingungen oder negative Folgen des Einsatzes neuer Technologien sind kaum Bezugspunkt für die bestehenden betrieblichen Initiativen und ihre Produktvorschläge.

2. Die Existenz von kontinuierlich arbeitenden Gruppen in den Betrieben, die sich systematisch Gedanken über neue Produkte machen und dazu die Belegschaft befragen, Firmenentwicklungen aufarbeiten, mit Initiativen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen diskutieren, sich von Experten beraten lassen und Marktstudien auswerten, stellt eine neue Qualität gewerkschaftlicher Arbeit dar. Die Produktvorschläge sollen »sozial nützlich« sein, d. h. sie werden der unkontrollierten Entscheidungsgewalt von Managern und Spitzenpolitikern entzogen und zwischen gesellschaftlichen Gruppen »politisch« diskutiert; u. a. sollen sie möglichst umweltfreundlich, energiesparend, ressourcenschonend, langlebig, reparaturfreundlich, »rückholbar«, bedarfsorientiert, arbeitsplatzsichernd und human herstellbar sein. Nicht selten sind aber auch »alternative« Produkte unter dem einen oder anderen Aspekt problematisch: so hatten die Beschäftigten bei Lucas Aerospace durchaus ökologische Bedenken gegen ihren Vorschlag für Geräte zur Nutzung des Meeresbodens.

Entscheidend ist, daß durch den Dialog von Menschen auch eine Bewußtseinsveränderung stattfindet, die die Entscheidung für die Her-

stellung von Produkten der vordergründigen betriebswirtschaftlichen Profitlogik entzieht und die kritischen Initiativen für eine Alternative Produktion deutlich von dem »betrieblichen Vorschlagswesen« abhebt.

3. Betriebliche Arbeitskreise für eine Alternative Produktion sind in der Regel nicht zum Bau von Prototypen in der Lage. Sie greifen deshalb meist auf bereits entwickelte Güter und auf in den jeweiligen Unternehmen hergestellte Prototypen oder Modellprojekte zurück (z. B. Windenergieanlagen in der Luftfahrtindustrie, Blockheizkraftwerke in der Werftindustrie) oder können diese gezielt abwandeln (z. B. elektronische Geräte für Behinderte). Allerdings wird in den Initiativen immer wieder an der Entwicklung einzelner Produkte gearbeitet und hierbei eine neue Qualität der Kooperation von Ingenieuren und Arbeitern in den Firmen, aber auch mit externen Experten, Initiativen und Universitäten hergestellt.

4. Da die Produkte auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme abzielen, können sie über lokale und regionale Märkte hinaus abgesetzt werden – sofern es überhaupt eine Nachfrage gibt, was für stillgelegte und von den Belegschaften übernommene Betriebe ein besonders akutes Problem darstellt. Da oft gerade der kollektive Bedarf befriedigt werden soll, entzieht sich die Investitionsentscheidung für die angebotenen Produkte den individuellen Möglichkeiten einzelner Menschen, so daß auch eine Identität von Produzenten und Konsument der Güter bestenfalls auf der kollektiven Ebene erreicht werden kann.

5. Auch wenn viele der alternativen Produkte schon vereinzelt hergestellt werden, spricht nichts gegen zusätzliche Angebote – die Lösung der vorhandenen Probleme erfordert eine Zunahme gerade dieser Güter. Allerdings muß der Aufbau neuer Überkapazitäten vermieden werden, was nur durch Absprachen und ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Planung erreicht werden kann. Ein »Ende des Bedarfs« an sozial nützlichen Produkten wäre durchaus kein Unglück, weil dann ja ein relativ problemloses menschliches Leben und eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle möglich wäre. Solche Arbeitszeitverkürzungen sind ohnehin nötig, auch wenn durch Alternative Produktion 1 Mio. Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten. Die bisher absehbaren

Arbeitsplatzeffekte aller Alternativpläne bewegen sich allerdings noch auf einem niedrigen Niveau.

6. Die »kritischen Produzenten« in den Betrieben bemühen sich zunehmend, über die Einsatzbedingungen einzelner Produkte nachzudenken und gesellschaftliche Versorgungskonzepte (z. B. regionale Energie-, Nahverkehrs- oder Recyclingkonzepte) zu entwickeln. Damit lassen sich konkrete Verbindungen zu den geforderten Beschäftigungsprogrammen für ein qualitatives Wachstum und einer aktiven Regionalpolitik herstellen, die zu konkreten (seh-, fühl- und vorstellbaren) Alternativkonzepten führt und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einleiten kann.

7. Die Realisierung einer Alternativen Produktion erfordert eine erhöhte Nachfrage, die kaum anders als durch den Einsatz der Ressourcen des Staates sowie der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen erreichbar ist. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist aber – über die Aktivierung fortschrittlicher Länderregierungen und der durch die Gewerkschaften beeinflussbaren Bereiche hinaus – eine grundlegende politische Wende vorwärts in der Bundespolitik. Nur Veränderungen z. B. in der Energiepolitik von Atomprogrammen zur Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energiequellen, von der Ausrüstung zur Umlenkung der Rüstungsausgaben zugunsten ziviler Produkte sowie in der Verteilungspolitik von der Entlastung zu einer verstärkten Belastung des Kapitals und der Reichen mit dem Ziel der Finanzierung einer besseren gesellschaftlichen Versorgung lassen die Realisierung einer Alternativen Produktion mit erheblichen Arbeitsplatzeffekten als möglich erscheinen. Zur Durchsetzung einer solchen Veränderung ist die Zusammenarbeit von Arbeiterbewegung, Friedensbewegung und Bürgerinitiativbewegung sowie deren Organisationen und der sie repräsentierenden politischen Parteien unabdingbar.

Literatur

Bouwer, Günter: Eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer Umstellung von militärischer Produktion auf zivile unter besonderer Berücksichtigung der »Vereinigten Flugtechnischen Werke« (VFW), Dissertation, Bremen 1981

- Bouwer, Günter: Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative. Baden-Baden 1983
- Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), Jahresbericht 1981/82, Bonn 1983
- Cooley, Mike: Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion, Reinbek b. Hamburg 1982
- Einemann, Edgar: Industriearbeiter in der Wirtschaftskrise. Zum Krisenbewußtsein von Werftarbeitern, Universität Bremen 1982
- Einemann, Edgar/ Lübbling, Edo: Belegschaftsinitiativen für eine Alternative Produktion, Universität Bremen 1983
- Einemann, Edgar/ Lübbling, Edo: Das rote London. Beispielhafte Ansätze einer alternativen Regionalpolitik. Universität Bremen 1984
- Einemann, Edgar/ Lübbling, Edo (Hrsg.): Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung? Universität Bremen 1984
- Fischer, Jörg/ Ladewig, Ludwig/ Einemann, Edgar/ Lübbling, Edo: Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung, Universität Bremen 1984
- Huffscheid, Jörg: Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion, Köln 1981
- Löw-Beer, P.: Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace, Berlin 1981
- Novy, Klaus: Sozialisierung von unten – Überlegungen zur vergessenen Gemeinwirtschaft im »Roten Wien« 1919–1934, in: Mehrwert Heft Nr. 19, Osnabrück 1979
- Porschen, D.: Die Bedeutung der Luft- und Raumfahrtindustrie für den Unterweserraum, Bremer Ausschuß für Wirtschaftsordnung, Bremen 1980
- Schumann, Michael/ Einemann, Edgar/ Siebell-Rebell, Christa/ Wittemann, Klaus-Peter: Rationalisierung, Krise, Arbeiter, Frankfurt 1982
- Wainwright, Hilary/ Elliott, Dave: The Lucas Plan, London/New York 1982

Anhang: Liste der Produktvorschläge der Kollegen von VFW/MBB Bremen

Verkehrstechnologien

- a) neue Verkehrssysteme
Magnetbahnen, Forsttrecker, Kleinwagen mit Solarantrieb, Straßen-Schienen-Systeme, Kabinentaxen, Rufbussysteme, überdachte Einkaufsfahrräder (Dreiräder)
- b) Antriebssysteme
benzinsparende Turbinen und Motoren, Batterie für elektrische Automotoren, Elektromotor als Brems- und Beschleunigungshilfe
- c) Zusatzsysteme
Autofahrer-Warnanlagen, Fixo-Systeme (Hydraulik-Hebebühnen), Umladesysteme
- d) Steuerungssysteme
Verkehrsstudien, EDV-Einsatz
- e) Konventionelle Produkte
Wechselcontainer für Pickup-Fahrzeuge, Container für Schiffe, Pkw-Anhänger, Wohnmobile, Sportboote, Pkw-Kotflügel aus Aluminium

Umweltschutztechnologien

Abgasfilter, Analysegerät für schnelle Bodenproben, Meßanlagen für Umweltschutztechnik, Luftgütemeßnetz, Recycling-An-

Energietechnologien

Solartechnologie, Biogasanlagen, Windenergieanlagen, Optimierung von Kleinwindanlagen, gasgetriebene Wärmepumpe, Antrieb eines Kleinwagens, Solargeneratoren zur Übernahme der Warmwasserbereitung im Sommer, Fernwärmesysteme, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Speicherung und Transfer von Energie/Wärme, Energierückgewinnungsanlagen, Wärmetauscher in Wassersystemen, Energieberatung, energiesparende und umweltschonende Antriebssysteme

Zivile Luftfahrt

Airbus, VFW 614 für den Rettungs- und Nahverkehr, Wasserflugzeuge, Luftschiffe

lagen, Wasserleitung zur Doppelnutzung von Trinkwasser

Meerestechnologie

Unterwassergerät für den Meeresbergbau, ferngelenkte Roboter für Unterwasserarbeiten, Schiffssimulatoren, Halbtaucher, Druck- und Auftauchsysteme, Aufbereitung von Oberflächenwasser, Meerwasserentsalzungsanlagen

Sonstige Vorschläge

Parabolantennen, Kranbau, Karussellbau

Medizintechnik

Meßgeräte für die Medizintechnik, Insulin-Dosiergerät, Kiefer-Röntgengerät, Zahnarztstuhl-Beleuchtungssystem, Dialysegeräte